

## Umsetzung des Friedensabkommens in Gefahr

Die Umsetzung der zweiten Phase des Pariser Friedensabkommens vom 23.10.91 ist bisher im wesentlichen gescheitert. Insbesondere die vereinbarte Demobilisierung von 70 % aller Streitkräfte der Konfliktparteien ab dem 13.6. kam schnell zum Stillstand: Lediglich ca. 12.000 Kämpfer begaben sich im ersten Monat in die UN-Sammellager. Die Khmer Rouge verweigern bisher ihre Entwaffnung, weil andere Teile des Friedensabkommens noch nicht befolgt würden. Dies betrifft insbesondere die Kontrolle des vietnamesischen Truppenabzuges durch die UN-Übergangsbehörde in Kambodscha (UNTAC), die Behandlung des Obersten Nationalrats (SNC) als einziges legitimes Machtorgan sowie die Schaffung einer neutralen Umgebung zur Vorbereitung für freie und faire Wahlen.

Auch in den vergangenen Monaten ist es erneut regelmäßig zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen den Khmer Rouge und den Truppen des Regimes in Phnom Penh gekommen, vor allem in der Zentralprovinz Kompong Thom. Beide Seiten geben der jeweils anderen die Schuld an den Vorfällen. UNTAC-Chef Yasushi Akashi stellte Ende Juli eine Zunahme von Waffenstillstandsverletzungen fest, vor allem in Khmer Rouge-kontrollierten Gebieten im Norden des Landes. Den Khmer Rouge warf er eine "Politik des Terrors" vor.

Die Khmer Rouge ihrerseits beschuldigen UNTAC, das Regime in Phnom Penh zu begünstigen. Tatsächlich haben die UNTAC-Beamten mit der Administration Hun Sens zusammengearbeitet; von einer UN-Kontrolle der Schlüsselministerien und Verwaltung sowie der Massenmedien kann bisher noch keine Rede sein. Die Khmer Rouge befürchten, daß die Wahlen 1993 im Rahmen des von Vietnam an die Macht gebrachten Regimes abgehalten werden.

Die Khmer Rouge fordern die Einhaltung des Friedensabkommens in diesem Punkt, die Auflösung des Phnom-Penh-Regimes und mehr Macht für den SNC, in dem

alle Konfliktparteien vertreten sind. Die UN-Truppen sollten den vietnamesischen Truppenabzug verifizieren und auch an die Grenze zu Vietnam entsandt werden. Im Gegenzug könnten die UN-Verbände dann die Khmer Rouge-Zonen inspizieren. In einem Kompromißvorschlag haben die Khmer Rouge Anfang Juli angeboten, ihre Truppen schrittweise den UN-Soldaten zu unterstellen, wenn die Minister Phnom Penh gleichzeitig etappenweise zurückzögen.

UNTAC-Chef Akashi wies die Forderungen der Khmer Rouge zurück und drohte, UN-Truppen würden auch gewaltsam in die Khmer Rouge-Zonen eindringen.

vgl. FEER, 23.7., 20.8.92; The Independent, 24.7.92; FAZ, 13.7., 9.4.92; taz, 15.7.92

## UN suspendieren Hilfe für Khmer Rouge

Der UN-Sicherheitsrat hat am 21. Juli beschlossen, den Khmer Rouge keine Hilfsgelder zukommen zu lassen, solange sie nicht mit der UN-Übergangsbehörde in Kambodscha (UNTAC) kooperieren. Im Juni hatte eine internationale Konferenz über den Wiederaufbau Kambodschas Zusagen in Höhe von 880 Millionen Dollar gemacht. Japan versprach davon 150 bis 200 Millionen Dollar, die Bundesrepublik stellte 21,7 Millionen Mark in Aussicht. Die

Hilfsgelder sollen laut Kommuniqué gerecht auf alle Regionen des Landes verteilt und für die Heimkehr der Flüchtlinge sowie die ländliche Entwicklung verwendet werden.

Laut UN-Sicherheitsrat sind Hilfsleistungen jetzt abhängig von der Erfüllung des Pariser Friedensabkommens durch die kambodschanischen Parteien. Die Resolution wurde einstimmig, mit Zustimmung Chinas, verabschiedet und erklärt ausdrücklich, daß "die Partei des Demokratischen Kampuchea (die Khmer Rouge, dV.) sich bis jetzt geweigert hat, die Abkommen auszuführen". Gleichzeitig weist die Resolution darauf hin, daß UNTAC den Abzug aller fremden Truppen verifizieren und die Überwachung der zivilen Administration in Kambodscha sicherstellen muß.

vgl. Le Monde, 23.7.92; taz, 23.6.92

## Differenzen über Sanktionen gegen Khmer Rouge

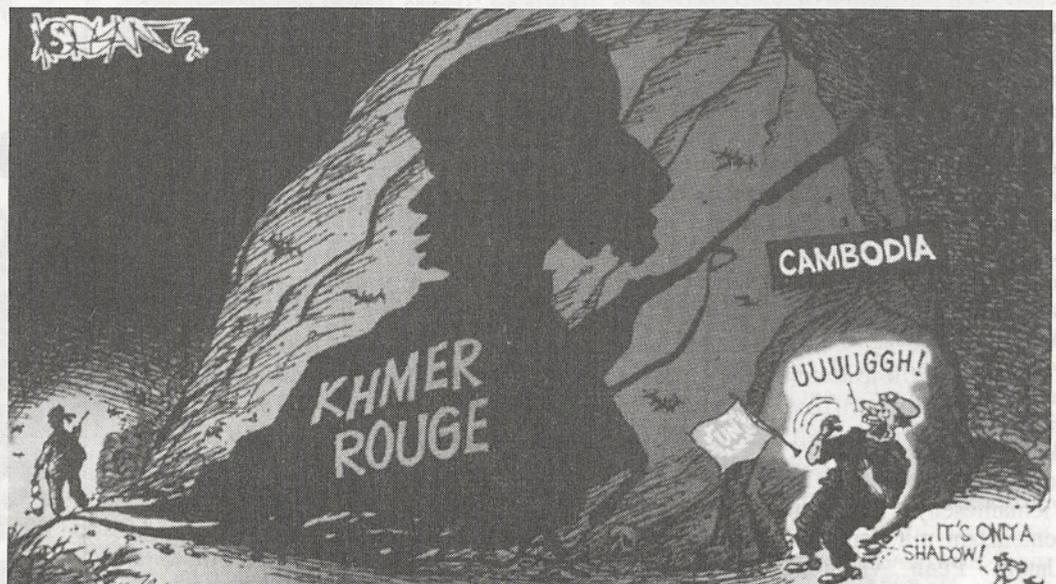
Der französische General Michel Loridon mußte als stellvertretender UNTAC-Kommandeur zurücktreten. Hintergrund könnten nicht nur Differenzen innerhalb der UNTAC-Führung, sondern eine französisch-australische Rivalität in der Kambodscha-Politik sein. Während Loridon die Khmer Rouge durch UN-Truppen zur Ausführung des Friedensabkommens zwingen

möchte, befürworten australische UN-Offiziere ein diplomatischeres Vorgehen. Statt auf ein Einverständnis der Führung der Khmer Rouge zur Entwaffnung zu warten, sollte UNTAC laut Loridon versuchen, lokale Khmer Rouge-Kommandeure zur Zusammenarbeit zu bringen. Der australische UN-Kommandeur Sanderson dagegen soll es befürworten, den Khmer Rouge Zeit zur Rückkehr zum Friedensplan und zum Aufbau einer politischen Organisation zu geben, um nach Abgabe der Waffen weiterexistieren zu können. Australien hatte maßgeblichen Anteil am Zustandekommen des Pariser Friedensabkommens und scheint ein vorzeitiges Scheitern verhindern zu wollen. Demgegenüber hat Frankreich auf einer Konferenz mit Vertretern der ASEAN-Staaten auf schnelle Sanktionen gedrängt.

vgl. FEER, 23.7.92; IHT, 27.2.92

## Khieu Samphan: Differenzen zu China

Die im UN-Sicherheitsratsbeschuß vom 21.7. (s.o.) deutlich gewordenen Differenzen zwischen den Khmer Rouge und China hat Khieu Samphan bestätigt. Der Stellvertretende chinesische Außenminister Xu Dunxin habe ihn Anfang August bei einem Gespräch in Bangkok aufgefordert, mit seiner Organisation an der zweiten Phase



Es ist nur ein Schatten?

aus: FEER v. 23.7.92, S. 9

des Friedensabkommens teilzunehmen. Die daran gestellten Bedingungen der Khmer Rouge (Auflösung des Hun Sen - Regimes, Verifizierung des vietnamesischen Truppenabzugs) habe Xu als "vernünftig und gerecht" bezeichnet; sie sollten jedoch bei gleichzeitiger Umsetzung des Abkommens diskutiert werden. Khieu verteidigte die Bedingungen der Khmer Rouge und erklärte in dem Interview, die Khmer Rouge würden niemals akzeptieren, sich an Wahlen bei Weiterbestehen des Phnom-Penh-Regimes zu beteiligen.

Die Differenzen zu China erklärte Khieu damit, daß China die Khmer Rouge nur im Rahmen des Friedensabkommens unterstützen könne; denn China brauche gute Beziehungen zum Westen. Außerdem wolle China ein gutes Verhältnis zu Vietnam - "in einer Situation, wo die sozialistische Gemeinschaft verschwindet". Khieu sagte ferner, daß die Khmer Rouge keine Unterstützung von China mehr erhielten.

vgl. FEER, 20.8.92

## Annahme von Riel-Geldscheinen wird verweigert

Seit Juli haben Händler in verschiedenen Teilen Kambodschas damit begonnen, die Annahme von Riel-Geldscheinen zu verweigern. Lediglich 500-Riel-Banknoten werden im allgemeinen akzeptiert. Obwohl in zunehmendem Maße wertlos, zahlt die Hun-Sen-Administration die Löhne ihrer Soldaten und Beamten weiterhin mit Scheinen in Höhe von 10 bis 50 Riel.

Wie der Radiosender der Khmer Rouge berichtete, soll es Ende Juli in Battambang zu einer Demonstration mehrerer tausend Kambodschaner gekommen sein. Sie protestierten dagegen, daß die Währung praktisch nur noch Zigarettenpapier sei. Die Menschen hätten an Soldaten Reis gegen Rielnoten abgegeben und fühlten sich jetzt betrogen. Die Bevölkerung in den Dörfern bedient sich zunehmend des Tauschhandels, so daß die Lage für Soldaten und Beamte immer schwieriger wird. Die Khmer Rouge fordern, daß der

Oberste Nationalrat eigene Rielnoten ausgibt und der Riel des Regimes in Phnom Penh abgeschafft wird.

Die Nationalbank von Kambodscha in Phnom Penh hat die Verweigerung von Rielnoten und eine große Verwirrung auf den Märkten bestätigt. Die Khmer Rouge wollten den Markt in ein Chaos stürzen. Jeder Bürger sei verpflichtet, jegliche Rielnoten weiterzuverwenden. Eine neue Währung könne es erst nach Wahlen geben, und die alte müsse gegen die neue "entsprechend dem aufgedrucktem Wert" getauscht werden können.

Entgegen diesem Appell ist bekannt geworden, daß auch Ministerien Phnom Penhs die eigene Währung inzwischen nicht mehr akzeptieren und - wie die großen Hotels - Rechnungen nur in Devisen bezahlt sehen wollen. Der Riel hat gegenüber dem Dollar alleine von Juli bis August mehr als 30% an Wert verloren. Die Inflationsrate beträgt mehr als 100% im Jahr. Der Niedergang der Wirtschaft wird auch daran deutlich, daß der Schwarzhandel den offiziellen auf 200 Mio. US\$ geschätzten Im- und Export übertrifft.

vgl. MD 29.7.92; FEER 20.8.92; Die Zeit 3.4.92

## Repatriierung verzögert

Die Rück siedelung der 370.000 Flüchtlinge von Thailand nach Kambodscha kann z.Zt. nicht wie geplant durchgeführt werden. Langsame Räumung der Minen, Probleme bei der Erschließung geeigneten Landes sowie Kampfhandlungen in Teilen des Landes sind die Hauptgründe. Bis Juli konnten statt der geplanten 10.000 nur 5.000 Flüchtlinge pro Woche nach Kambodscha zurückgebracht werden. Der Beginn der Regenzeit kommt als zusätzliche Erschwernis hinzu. Dennoch plant das thailändische Außenministerium die Schließung von sieben Flüchtlingslagern bis Februar 1993. Nach der Schließung von drei Lagern im August verblieben 314.000 Flüchtlinge. Die Rückführung nach Phnom Penh soll im August auf dem Luftweg beginnen.

vgl. MD, 28.7.92; FAZ, 13.7.92

## Neuer Wind an der Universität

Historiker an der Universität von Phnom Penh planen Projekte zur Erforschung der Herrschaft der Khmer Rouge von 1975-79, darunter eines in Zusammenarbeit mit David

Chandler von der Monash Universität in Australien. Wie der Dekan der historischen Fakultät ausführte, habe es von 1981-89 eher politische Erziehung als ein historisches Studium gegeben. Obwohl auch heute die Parteilinie gelehrt werde, sei es seit Weggang der vietnamesischen Berater liberaler. Die jetzt über 2000 Studenten glaubten nicht mehr an die offizielle Version über die "Pol-Pot-Clique".

vgl. FEER 16.4.92

## Massaker an 8 Vietnamesen

Acht vietnamesische Siedler sind am 21.7. in der Provinz Kampot (Ostkambodscha) von Uniformierten getötet worden. Nach Auskunft eines UN-Sprechers gibt es keine Hinweise, ob die Täter aus der Armee Phnom Penhs oder der Khmer Rouge stammen (vgl. Le Monde, 25.7.). Vietnam hat die Khmer Rouge beschuldigt und die Rechte von Ausländern, "in anderen Ländern legal zu leben und zu arbeiten" verteidigt. Die Khmer Rouge warnten, der Haß der Kambodschaner auf Vietnamesen könne sich erneut gewaltsam entladen, wenn die UN nicht das Problem der vietnamesischen Besiedelung Kambodschas löse.

vgl. FEER 20.8.92

- Anzeige -

**DAS FORUM  
IST DIE ZEITSCHRIFT  
DES BUNDESKONGRESSES  
ENTWICKLUNGSPOLITISCHER  
AKTIONSGRUPPEN**

**Normalabo 40,-DM pro Jahr, Institutionen 55,-DM  
Probeabo - 3x Forum 10,-DM, Geld beilegen.**

**Bestelladresse:  
Redaktion FORUM  
Buchstr. 14/15  
2800 Bremen 1**

**Unsere Schwerpunktthemen:**  
153 Manney-Mythos  
Feministische Ökonomie  
154/5 500 Jahre Befreiung  
156 Nationale Befreiung?  
157 Asyldebatte und  
Nationale Befreiung?  
158 Linker Rassismus  
159 Solidaritätsbewegung  
- wohin?  
160 Hilfe zur Selbsthilfe  
- am Beispiel  
Entwicklungshilfe-